

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

28. Jahrgang

Berlin, den 21. April 1961

Nummer 16

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte April 1961

### Die internationale Situation

Die Entwicklungstendenzen der Weltkonjunktur deuten gegenwärtig — wie bereits im März an dieser Stelle prognostiziert — auf ein Vordringen der Auftriebskräfte hin. Die jetzt für die Vereinigten Staaten vorliegenden Angaben über Auftragseingang und Absatz der verarbeitenden Industrie im Monat März lassen eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit erkennen. Die Lagerbestände sind sehr viel weniger stark abgebaut worden als in den Vormonaten, so daß schon von der Lagerentwicklung ein leicht expansiver Einfluß ausgegangen ist. Gleichzeitig macht aber die Bewegung der Arbeitslosenzahlen deutlich, daß sich die Zunahme der Wirtschaftstätigkeit bisher in sehr bescheidenem Rahmen gehalten hat. Die Zahl der Arbeitslosen hat im März weniger stark abgenommen, als es aus saisonalen Gründen üblich ist. Allerdings ist zu bedenken, daß jede wirtschaftliche Erholung am Anfang, an dem ein großer Teil der Kapazitäten brachliegt, zunächst mehr von Arbeitsproduktivitätsfortschritten, die durch bessere Auslastung der Produktivkräfte ermöglicht werden, als von einer Beschäftigtenzunahme getragen wird. Die wirtschaftliche Erholung wird sich daher erst, wenn die Wirtschaft wieder in die brachliegenden Kapazitäten hineingewachsen ist, in vollem Maße auf die Beschäftigung auswirken. Dem Arbeitslosenproblem ist somit kaum kurzfristig abzuhelpfen; langfristig ist es nur dann zu lösen, wenn es gelingt, ein kräftiges wirtschaftliches Wachstum in Gang zu bringen und vor allem auch aufrechtzuerhalten. Eine starke Expansion setzt voraus, daß die Investitionsneigung der Unternehmer wieder zunimmt. Bisher beabsichtigen die Unternehmer nicht, ihre Anlageinvestitionen zu erhöhen. Sogar die Entwicklung der Bauinvestitionen, die staatliche Stützungsmaßnahmen erfuhren, ist bis jetzt enttäuschend. Sollten im Laufe des Jahres die Anlageinvestitionen wieder zunehmen, womit vor allem dann gerechnet werden kann, wenn die von der Regierung vorgesehenen steuerlichen Anreize gebilligt werden, so entsteht von neuem das Problem einer ausreichenden und kontinuierlichen

Verbrauchsausweitung, ohne die eine Investitionsausdehnung fragwürdig wäre. Die Zurückhaltung der Verbraucher wie auch der Öffentlichen Hand hatte schon beim letzten Wirtschaftsaufschwung bewirkt, daß er nicht in ein länger andauerndes Wachstum, sondern in eine erneute „recession“ einmündete. Unter diesen Umständen ist es sehr zu bedauern, daß Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Vereinigten Staaten davon zurückhalten, ihre Entwicklungshilfe und damit die Nachfrage der Entwicklungsländer nach Gütern und Diensten in einem Maße zu erhöhen, daß ein Teil ihrer brachliegenden Produktivkräfte für die Produktion der dann zusätzlich bereitzustellenden Güter und Dienste eingesetzt werden könnte.

Stärker als in den Vereinigten Staaten prägen gegenwärtig in Großbritannien Außenwirtschafts-anspannungen das wirtschaftliche Geschehen. Die jetzt für das ganze Jahr 1960 veröffentlichte britische Zahlungsbilanzstatistik schließt mit einem beachtlichen Leistungsbilanzdefizit ab. Wenn trotz dieses Defizits und eines gegenüber den Vorjahren nur wenig verminderten langfristigen Kapitalexports die britische Währungsreserve im Jahre 1960 nicht ab-, sondern sogar noch zunahm, so deswegen, weil das vergleichsweise hohe britische Zinsniveau kurzfristiges Kapital in beträchtlichem Umfange anlockte. Spekulation gegen das Pfund hat in diesem Jahr den Geldzufluß in einen Geldabfluß verkehrt, so daß nun das fundamentale Zahlungsbilanz-Ungleichgewicht Großbritanniens offen zutage tritt. Die unbefriedigende britische Leistungsbilanzsituation ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß sich britische Exporte weder im Handel Großbritanniens mit den Commonwealth-Ländern noch in seinem Warenverkehr mit den EWG-Ländern behaupten konnten. Eine Assoziation Großbritanniens mit dem Kernstück der westeuropäischen wirtschaftlichen Integration, die die britische Industrie über den verstärkten Wettbewerb zu vermehrten Anstrengungen zwingen würde, dürfte ein schwerer, aber sinnvoller Weg aus den Schwierigkeiten sein, vor die sich Großbritannien gestellt sieht. Beschreitet es diesen

Weg nicht und schließt es auch eine Abwertung des Pfundes aus, so bleibt kaum etwas anderes übrig, als zunächst einmal wieder durch Drosselung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung auf eine Außenwirtschaftsentlastung hinzuwirken.

In den meisten übrigen westeuropäischen Ländern, insbesondere in den zum EWG-Raum gehörenden Volkswirtschaften, vollzieht sich die wirtschaftliche Entwicklung frei von Zahlungsbilanzanspannungen. Der größte Teil dieser Länder dürfte nach wie vor mit Zahlungsbilanzüberschüssen abschließen. Das ist um so bemerkenswerter, als diese Länder stärker expandierten und nach wie vor expandieren als die meisten übrigen Volkswirtschaften der westlichen Weltwirtschaft. Dabei hat sich wieder einmal gezeigt, daß ein Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten nicht notwendigerweise die europäische Konjunkturentwicklung beeinträchtigen muß und daß die expansiven Kräfte in Westeuropa kontraktive Einflüsse aus den Vereinigten Staaten, auch ohne daß es zu Außenwirtschaftsanspannungen kommt, überspielen können.

Wenn auch die langfristigen Folgen der D-Mark- und Gulden-Aufwertung nach wie vor kaum genau abzuschätzen sind, so dürfte doch kein Zweifel daran bestehen, daß sie das Zahlungsbilanz-Ungleichgewicht in der westlichen Welt allein nicht beseitigen werden. Die negativen Folgen der Spekulation, die durch die Wechselkursveränderungen entfacht wurde, sind inzwischen durch eine bessere Zusammenarbeit der Zentralbanken etwas gemildert worden. Auch zeichnen sich gegenwärtige Möglichkeiten ab, den Weltwährungsfonds bei der Stützung schwacher Währungen einzuschalten. Zwar sind diese Bemühungen sehr zu begrüßen, doch dürfen sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch sie das fundamentale Zahlungsbilanz-Ungleichgewicht in der westlichen Weltwirtschaft nicht beseitigt werden kann. Vielmehr sind zu diesem Zweck weitere Maßnahmen, wie vor allem eine auf ein Gleichgewicht in den Außenwirtschaftsbeziehungen gerichtete Abstimmung der Ströme langfristigen Kapitals, unerlässlich.

#### Westdeutschland

Im Augenblick kann die Diagnose des aktuellen konjunkturellen Geschehens, soweit es sich jedenfalls in der Entwicklung von Nachfrage und Produktion widerspiegelt, etwas in den Hintergrund treten: Die bisher vorliegenden statistischen Angaben über Auftragseingänge, Erzeugung und Preise beziehen sich zumeist noch auf den Monat vor der Aufwertung. Aber auch die demnächst verfügbaren Daten über die erste Zeit nach der Aufwertung werden nicht allzu aufschlußreich sein, da sie den durch die Aufwertung bedingten Wandel der konjunkturellen Bedingungen naturgemäß nicht zum Ausdruck bringen können; sie werden vermutlich, abgesehen von etwaigen vorübergehenden spekulativen Einflüssen, lediglich das bisherige Konjunkturbild bestätigen, das durch ein sehr günstiges Absatz- und Produktionspotential, hohe Ausfuhr-Überschüsse und eine leicht aufwärtsgerichtete Preistendenz gekennzeichnet ist<sup>1)</sup>.

Um so aktueller dürfte demgegenüber die Erörterung der Frage sein, welche Konsequenzen von den am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, insbe-

sondere von der Notenbank und den Arbeitsmarktpartnern, aus der Aufwertung gezogen werden müssen, damit der Erfolg der Wechselkursänderung nicht in Frage gestellt wird. Den Anlaß zur Änderung des Wechselkurses gab bekanntlich die Sorge, daß die — aus außenpolitischen Gründen nicht mehr aufzuschiebende — Lösung des Zahlungsbilanzproblems zwangsläufig nur noch auf inflatorischem Wege erreicht werden könne, nachdem sich die erfolgversprechenden Pläne der Regierung zur Stimulierung der Einfuhr und zur Bekämpfung des Preisauftriebs zerschlagen hatten und die Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank nicht nur preispolitisch erfolglos geblieben waren, sondern auch die Zahlungsbilanzproblematik noch verschärft hatten. Somit kann die Aufwertung sinnvollerweise nur als eine Ersatzmaßnahme aufgefaßt werden, mit der zwei gleichrangige Ziele angesteuert werden sollen, nämlich die Verringerung des Zahlungsbilanzüberschusses und die relative Stabilität der Preise. Wenn nun nach der Aufwertung vor einer Politik des billigen Geldes gewarnt und gefordert wird, die Lohnpolitik müsse sich gerade im Hinblick auf die Aufwertung eine besonders starke Zurückhaltung auferlegen, dann kommt offensichtlich der zahlungsbilanzpolitische Aspekt der Wechselkursänderung zu kurz, und die Maßnahme wird einseitig preispolitisch interpretiert, wie umgekehrt natürlich übertriebene Lohnerhöhungen den erwünschten Preiseffekt der Aufwertung neutralisieren würden.

Die Empfehlung, die Bundesbank solle so lange von einer Lockerung der Kreditpolitik absehen, bis sich die beabsichtigten Wirkungen der Aufwertung durchgesetzt hätten, stellt nicht in Rechnung, daß die Wechselkurskorrektur eine zahlungsbilanzgerechte Geldpolitik nicht etwa überflüssig gemacht hat, sondern im Gegenteil sogar sehr dringend der Unterstützung durch die Bundesbank bedarf, soll sie nicht das Gegenteil dessen bewirken, was sie erreichen soll. Denn nachdem die Stabilität des Außenwertes der D-Mark nicht mehr als sakrosankt gilt, ist die Zahlungsbilanzsituation labiler als je zuvor, da schon der geringste Zweifel an der zahlungsbilanzpolitischen Wirksamkeit der Aufwertung noch stärkere spekulative Devisenzuflüsse auslösen muß, als sie vor der Aufwertung zu verzeichnen waren. Jedenfalls hat der sich entgegen den Erwartungen nach der Aufwertung verstärkende Devisenzustrom sichtbar werden lassen, daß die Spekulation mit weiteren Wechselkursänderungen rechnet, da die D-Mark-Aufwertung häufig, insbesondere im Ausland, für unzureichend gehalten wird. Sollte unter diesen Umständen die Bundesbank darauf verzichten, von sich aus entscheidend zur Verminderung des westdeutschen Zahlungsbilanzüberschusses beizutragen und damit die Frage weiterer Wechselkursmanipulationen gegenstandslos werden zu lassen, müßte sich die Spekulation auf eine weitere Kurskorrektur noch verschärfen und so die bisherige wechselkurspolitische Maßnahme vollends entwerten. Die Tatsache, daß die Bundesbank schon vor der Aufwertung auf einen zahlungsbilanz-orientierten Kurs eingeschwenkt war und diese Entscheidung nach der Aufwertung

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht 13/14 vom 7. April 1961

expressis verbis und durch einige den Geldexport anregende, zins- und liquiditätspolitische Maßnahmen bestätigt hat, berechtigt jedoch zu der Hoffnung, daß diese Gefahr in Kürze gebannt wird.

Der Erfolg der Aufwertung hängt nicht zuletzt auch von dem Verhalten der Arbeitsmarktpartner ab. Wie problematisch die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist, zeigen die lohnpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Während die Arbeitnehmer eine 15%ige Aufbesserung ihrer Gesamtlöhne und -gehälter gefordert hatten, wird von der Arbeitgeberseite eine Erhöhung der Grundgehälter (also ohne einige in den Gesamtbezügen enthaltene Zulagen) um 8 vH für angängig gehalten. Die lohnpolitische Situation in diesem Bereich ist von genereller Bedeutung, da die übrigen Wirtschaftsbereiche die Tarifierhöhungen im öffentlichen Sektor in ihrer eigenen Lohnpolitik berücksichtigen müssen, um ihre Position auf dem Arbeitsmarkt behaupten oder — wie es gesamtwirtschaftlich zumindest bei der verarbeitenden Industrie erwünscht wäre — sogar verbessern zu können.

Zweifellos würde eine Lohnerhöhung in der von den Gewerkschaften gewünschten Größenordnung den durch die Aufwertung geschaffenen Spielraum für Preissenkungen völlig verschütten und eine Welle von Lohn-Preis-Heraufsetzungen einleiten. Gleich unhaltbar ist aber auch die Auffassung, daß die Lohnpolitik der aufwertungsbedingten Einengung der Gewinnspanne im

Export und der — wenigstens vorübergehend — verschlechterten außenwirtschaftlichen Konkurrenzsituation der inländischen Unternehmen Rechnung tragen müsse. Dabei wird nämlich übersehen, daß gerade eines der beiden Ziele der Aufwertung darin besteht, zugunsten einer besseren Versorgung der Inlandsmärkte die Einfuhr anzuregen und das Exportwachstum einzuzengen. Zu geringe Lohnerhöhungen würden die durch die Aufwertung bewirkte Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsposition und der im Außenhandel erzielten Gewinnmargen der inländischen Wirtschaft aber wieder korrigieren, die Zahlungsbilanz-Zielsetzung der Aufwertung also zunichte machen.

Man geht wohl kaum fehl, wenn man unter Berücksichtigung der in diesem Jahr erzielbaren Produktivitätsfortschritte, der außenwirtschaftlichen Verpflichtungen und nicht zuletzt der kräftig gewachsenen Verbrauchsgüter-Kapazitäten eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Löhne und Gehälter im Rahmen der Zunahme des vergangenen Jahres (+ 9 vH brutto je Arbeitnehmer) für vertretbar ansieht. Damit müßten sich freilich sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber zu beträchtlichen Konzessionen bereitfinden. Gemessen an den Schäden, die der Gesamtwirtschaft — vor allem im Hinblick auf die ein kontinuierliches Arbeiten voraussetzende Kosten- und Preisstabilität — aus einer unnachgiebigen Haltung beider Seiten und daraus resultierenden Arbeitskämpfen erwachsen würden, erscheint dies aber als zumutbar.

## Die Warenversorgung Mitteldeutschlands nach dem Volkswirtschaftsplan für 1961

Im mitteldeutschen Siebenjahrplan wurde es als „ökonomische Hauptaufgabe“ bezeichnet, den Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesrepublik bei den meisten Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern bis zum Ende des Jahres 1961 einzuholen. Seit der Veröffentlichung des Plans im Oktober 1959 stand die „ökonomische Hauptaufgabe“, die allerdings noch keineswegs einen etwa gleich hohen Lebensstandard beinhaltet hätte, im Vordergrund aller einschlägigen mitteldeutschen Publikationen. Von diesen Zielen wird jedoch im „Volkswirtschaftsplan 1961“ nicht mehr ausdrücklich gesprochen, dagegen aber von Unzulänglichkeiten und Mängeln der Versorgung der Bevölkerung; auch der „Erfüllungsbericht“ für das Jahr 1960 hatte für den Verbrauch der Bevölkerung schon das Zurückbleiben hinter den ursprünglichen Planzielen erkennen lassen.

Damit ist zutage getreten, daß die mitteldeutschen Planer bei der Aufstellung des Siebenjahrplans und der Formulierung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ offensichtlich einem doppelten Schätzfehler zum Opfer gefallen sind. Sie haben unterstellt, daß sich ihre äußerst günstige gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate des Jahres 1958 auch weiterhin würde aufrecht erhalten lassen und haben andererseits das wirtschaftliche Entwicklungstempo der Bundesrepublik seit 1959 erheblich unterschätzt. Diese Fehler sind verständlich, wenn man bedenkt, daß der Siebenjahr-

plan im Jahre 1958 aufgestellt wurde, in dem die Wirtschaftstätigkeit in Mitteldeutschland rasch, in der Bundesrepublik relativ schwach zunahm.

Angaben zur Konsumgüterversorgung sind in den langfristigen Perspektivplänen und in den kurzfristigen Jahresplänen (als „Einzelhandelsumsatz“ oder in Mengenangaben zum „Waren-

Geplante Warenbereitstellung 1961 je Einwohner

Waren	Einheit	Geplante Warenbereitstellung nach dem		Veränderung im Volkswirtschaftsplan gegenüber dem Siebenjahrplan in vH
		Siebenjahrplan	Volkswirtschaftsplan 1961	
Fleisch, gesamt . . . . .	kg	57,5	58,5	+ 1,7
Butter . . . . .	"	12,9	14,0	+ 8,5
Eier . . . . .	Stück	207,0	223,0	+ 7,7
Fisch . . . . .	kg	15,6	14,1	- 9,6
Margarine . . . . .	"	10,4	10,9	+ 4,8
Käse . . . . .	"	4,5	4,0	-11,1
Kaffee geröstet . . . . .	"	1,4	1,2	-12,1
Südfrüchte . . . . .	"	8,0	7,0	-12,5
Lederschuhe . . . . .	Paar	1,7	1,7	0
Wollgewebe . . . . .	qm	3,0	2,7	- 9,0
Baumwollgewebe . . . . .	"	27,0	23,4	-13,4
Untertrikotagen . . . . .	Stück	6,2	6,5	+ 4,2
Obertrikotagen . . . . .	"	1,4	1,4	0
Bestand je 1000 Haushalte				
Haushaltskühlchränke . . . . .	"	94,5	88,2	- 6,7
Fernsehgeräte . . . . .	"	290,0	277,0	- 4,5

Quellen: „Gesetz über den Siebenjahrplan“; „Volkswirtschaftsplan 1961“.

„Einzelhandelsumsätze“ nach Warengruppen

	1950	1955	1958	1959	1960 <sup>1)</sup>	1961 <sup>2)</sup>	1955	1958	1959	1960 <sup>1)</sup>	1961 <sup>2)</sup>
	Umsatz in Mill. DM-Ost						Jährl. Zuwachsraten gegenüber dem jeweils vorher genannten Zeitraum in vH				
Einzelhandelsumsatz, gesamt . . . . .	17 260	31 559	38 169	42 053	45 000	47 690	12,8	6,5	10,2	7,0	6,0
Nahrungs- und Genußmittel . . . . .	10 550	18 214	21 728	23 926	24 980	26 170	11,5	6,1	10,1	4,4	4,8
davon: Nahrungsmittel . . . . .	7 037	12 455	14 897	16 555	17 210	18 050	12,1	6,2	11,1	4,0	4,8
Genußmittel . . . . .	3 513	5 759	6 831	7 371	7 760	8 120	10,4	5,9	7,9	5,3	4,6
Industriewaren . . . . .	6 710	13 345	16 441	18 128	20 020	21 520	14,7	7,2	10,3	10,4	7,5
davon: Textilien, Bekleidung, Schuhe . . . . .	3 198	6 749	7 180	7 605	8 200	8 420	16,1	2,1	5,9	7,8	2,7
Sonstige . . . . .	3 512	6 596	9 262	10 523	11 820	13 100	13,4	12,0	11,4	12,3	10,8

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen. — <sup>2)</sup> Planzahlen.  
 Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1959; Bericht über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1960; Volkswirtschaftsplan 1961.

fonds“) zu finden. Abstriche in den neuen Planansätzen für 1961 sind im besonderen in den Bereichen Textilien und technische Verbrauchsgüter (Kühlschränke, Fernsehgeräte) vorgenommen worden. Insgesamt bleibt der für 1961 geplante „Einzelhandelsumsatz“ um 3,3 Mrd. DM-Ost hinter dem früheren Planansatz zurück.

Die Angaben zum „Einzelhandelsumsatz“ vermögen die Entwicklung der gesamten Versorgung der mitteldeutschen Bevölkerung recht gut anzuzeigen. Gemäß der mitteldeutschen Definition gilt nämlich fast der gesamte Warenverkauf an Letztverbraucher als Einzelhandel. In Erweiterung der in der Bundesrepublik üblichen Abgrenzung werden die Handwerksumsätze an Letztverbraucher sowie der Verkauf von Speisen und Getränken in Gaststätten zum „Einzelhandelsumsatz“ gerechnet<sup>1)</sup>. Abgesehen von dem Eigenverbrauch in der Landwirtschaft, den Sachleistungen der Sozialversicherung und dem Warenverkauf an Großverbraucher, der allerdings in Mitteldeutschland bei der ausgedehnten Kantinenverpflegung eine größere Rolle spielt, repräsentiert der „Einzelhandelsumsatz“ nahezu vollständig den Gesamtwert aller Güter — zu laufenden Preisen bewertet —, die in den jeweiligen Jahren der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Berücksichtigt man, daß in der letzten Zeit keine nennenswerten Preissenkungen stattgefunden haben und bis zum Ablauf dieses Jahres auch nicht zu erwarten sein dürften, so bedeutet die Verminderung der Planzahlen für den „Einzelhandelsumsatz“, daß das Verbrauchsgüterangebot im Jahre 1961 um 6,5 vH unter dem ursprünglich vorgesehenen liegen wird.

Schon im Jahre 1960 hatte der „Einzelhandelsumsatz“ nicht die Entwicklung genommen, die man erhofft haben dürfte: die Zuwachsrate des gesamten „Einzelhandelsumsatzes“ — 1959 noch 10,2 vH — ging im Jahre 1960 auf 7,0 vH zurück. Für 1961 ist nur eine Umsatzsteigerung um 6,0 vH geplant, die bereits sehr erheblich unter der im Siebenjahrplan genannten durchschnittlichen Jahreszuwachsrate von rund 9 vH liegt. War im Jahre 1959 die Umsatzerhöhung der beiden Hauptgruppen mit etwa 10 vH fast gleich groß<sup>2)</sup>, so hielt sie sich zwar 1960 bei Industriewaren noch in dieser Höhe, zeigte aber bereits eine starke Dämpfung im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel; für 1961 wird nun auch bei den Industriewaren mit einem Rückgang der Wachstumsrate gerechnet.

Der Anteil der Hauptgruppe Nahrungs- und Genußmittel am Gesamtumsatz ist seit 1950 rückläufig (1950: 61 vH; 1961: 55 vH)<sup>3)</sup>. In der stärker expandierenden Hauptgruppe Industriewaren wiesen von 1950 bis 1955 Textilien, Bekleidung und Schuhe bei weitem die höchsten Zuwachsraten auf; seitdem entwickelten sich die sonstigen Industriewaren schneller.

In dem zunehmend stärker werdenden Anteil der Industriewaren in der Versorgung der Bevölkerung Mitteldeutschlands spiegelt sich die Erhöhung von Gesamtproduktion und Lebensstandard wider. Zunächst, d. h. bis zu Beginn der fünfziger Jahre, war die Hungerperiode zu überwinden, danach konnte sich die Nachfrage der Verbraucher zunehmend auf andere Güter richten, wobei — wie in Westdeutschland — Bekleidungs- und technische Verbrauchsgüter den langlebigen technischen Gebrauchsgütern vorausgingen. Das Angebot an modernen technischen Verbrauchsgütern ist dieser Änderung der Nachfragestruktur folgend ständig gewachsen.

Trotz Erhöhung der „Warenfonds“ wird immer noch über Versorgungsmängel, besonders bei technischen Verbrauchsgütern, geklagt. Ihre Ursachen sind vielschichtig. Neben der zu geringen Produktion und der infolge Devisenknappheit zu niedrigen Einfuhren werden sehr oft Mängel im Verteilungsapparat dafür verantwortlich gemacht. Auf diesem Gebiet sollen nun mit Hilfe moderner Verkaufsmethoden Verbesserungen erzielt werden. Durch Verstärkung des Versandhandels und durch umfassende Kataloge sollen dem Verbraucher eine möglichst eingehende Marktübersicht gegeben und die regionalen Versorgungsdifferenzen gemildert werden. Auch der weitere Ausbau der Selbstbedienungseinrichtungen soll diesem Ziel dienen. Gleichzeitig werden damit Arbeitskräfte freigesetzt, die in der Industrie dringend benötigt werden.

<sup>1)</sup> Die mitteldeutsche Statistik weicht damit bei der Definition des „Einzelhandelsumsatzes“ von der sonst von ihr beachteten Systematik der Wirtschaftsbereiche ab, so daß eine unmittelbare Beziehung dieser Daten zu anderen handelsstatistischen Ausweisen (z. B. Zahl der Beschäftigten) nicht hergestellt werden kann.

<sup>2)</sup> Die verhältnismäßig hohe Rate bei Nahrungs- und Genußmitteln hängt zum Teil mit Preiserhöhungen zusammen, die Mitte 1958 mit der Aufhebung der Rationierung erfolgt sind.

<sup>3)</sup> In der Bundesrepublik betrug 1958 der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel am Einzelhandelsumsatz zuzüglich der Handwerke- und Gaststättenumsätze 52 vH. Überdies ist zu berücksichtigen, daß in Mitteldeutschland die Grundnahrungsmittel im Vergleich zu Industriewaren billiger sind als in der Bundesrepublik.



Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart								
			13.-19. März 1960	20.-26. März 1960	27. März bis 2. April 1960	3.-9. April 1960	10.-16. April 1960	12.-18. Febr. 1961	19.-25. Febr. 1961	26. Febr. bis 4. März 1961	5.-11. März 1961	12.-18. März 1961	19.-25. März 1961	26. März bis 1. April 1961	2.-8. April 1961	9.-15. April 1961
			12.	13.	14.	15.	16.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
<b>Produktion</b>																
Geschäftstätigkeit in USA	1957=100		165,0	165,4	163,2	162,5	162,5									
Industrieproduktion in USA	1947/49 = 100		183,9	181,0	182,6	180,5	174,8	158,7	157,2	157,4	158,0	158,3	158,0	158,5	159,2	
Steinkohlenförderg. in der BRD <sup>1)</sup>	1000 t	WS	2456	2465	2492	2695	2019	2753	2902	2859	2865	2987	2291	2730		
" " Großbritannien	"	"	4173	4193	"	"	"	3958	"	"	"	"	"	"		
Kohlenförderung in USA	"	"	7915	7906	6808	7543	7965	"	6455	5969	5606	5543	5851	6001	5956	
Rohstoffverzeugung in der BRD <sup>1)</sup>	"	"	467	476	479	466	393	491	503	497	498	484	503	391	420	
" " USA	"	"	2356	2317	2292	2220	2066	1383	1435	1435	1433	1427	1428	1461	1481	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	175	167	180	160	168	96	122	112	114	93	109	103	93	
Stromverbrauch in West-Berlin <sup>2)</sup>	Mill. kWh	"	49,3	46,7	45,8	46,0	41,2	52,5	52,1	51,9	50,2	49,5	51,4	47,8	44,6	
<b>Güterverkehr</b>																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn <sup>3)</sup>	1000 Wagen	WS	381,9	385,4	388,2	393,3	317,0	362,6	389,4	387,2	387,6	387,6	390,5	314,2	326,4	
<b>Zahlungsverkehr</b>																
Zahlungsmittelumlauf in BRD u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	18750	17688	20547	19500	19349	19864	19278	21870	20731	20430	19507	22656	21119	
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mo	2127	2145	2153	2167	2187	2205	2206	2215	2231	2233	2240	2270	2287	2287
" " Bank von Frankreich	Mrd. NF	Di	33,2	33,0	34,7	35,0	34,4	37,1	37,0	38,5	38,4	37,7	37,4	38,9	39,3	
" " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Do	4271	4228	4374	4431	4375	4571	4589	4788	4725	4654	4624	4758	4881	4731
" " Belgischen Nationalbk.	bfrs.	Mo	114802	113929	113621	117134	116686	120739	119799	120772	122597	121141	120177	119670	122674	122363
" " Schweizer	sfrs.	BSt	5706	5757	5978	5877	5856	6159	6288	"	6372	6292	6412	6631	6484	
" " Schwedischen	skr.	Mo	5481	5411	5727	5492	5641	5958	5977	6185	5957	5881	5855	6223	5858	
Zahlungsmittelumlauf in USA	\$	Mi	31276	31671	31534	31653	31827	31930	31857	31766	31794	31901	31887	31775	31898	32007
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>																
<i>Deutsche Bundesbank<sup>5)</sup></i>																
Gold	Mill. DM	BSt	10999	11070	11070	11103	11150	12447	12448	12529	11961	12601	12781	12781	12830	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	13344	13292	13485	13701	13902	18830	18887	18935	18506	18692	18678	18898	19540	
Inlandswchsel	"	"	2571	2558	1972	2191	1858	1537	1251	1175	2376	1869	1388	1294	1255	
Kassenkredite <sup>4)</sup>	"	"	17	13	162	411	208	11	10	3	5	3	4	10	8	
Ausgleichsorderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	5517	5803	5419	5369	5420	2719	2532	2591	2708	2628	2515	2625	2636	
Einlagen insgesamt	"	"	14347	15921	12839	14047	13952	17400	18278	15505	17949	18488	18950	16586	18284	
darunter: von Kreditinstituten <sup>6)</sup>	"	"	10160	11453	9428	11086	11010	12149	11284	10817	13508	11790	10884	10177	11981	
von öffentlichen Einlegern	"	"	3993	4231	3186	2750	2732	5046	6776	4483	4225	6494	7834	6179	6070	
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik<sup>6)</sup></i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	23709	"	24066	"	23781	27061	"	27394	"	27783	"	"	"	
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	21061	"	21058	"	20931	23577	"	23987	"	24418	"	"	"	
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	2649	"	3009	"	2849	3484	"	3407	"	3365	"	"	"	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	54812	"	54935	"	55737	60482	"	60437	"	60322	"	"	"	
darunter Spareinlagen	"	"	24185	"	24263	"	24398	28212	"	28374	"	28530	"	"	"	
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtg.	Mill. £	Mi	2147,3	2197,3	2197,3	2197,2	2247,3	2248,2	2248,3	2248,2	2248,2	2248,3	2298,3	2298,3	2298,3	2323,3
Forderungen der Bankabteilung	"	"	334,7	303,9	304,3	306,8	278,5	484,9	470,6	474,4	480,5	501,2	423,0	481,3	479,6	468,4
Einlagen	"	"	340,4	341,4	334,2	323,2	324,5	512,5	497,5	492,0	482,6	500,8	472,0	494,3	476,6	489,9
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	52879	51688	51702	51462	52147	50506	49829	49190	48977	49869	49462	48611	49323	
darunter: Goldzertifikate	"	"	18159	18159	18159	18159	18148	16054	16029	16029	16054	16054	16044	16057		
Regierungspapiere	"	"	25360	25107	25266	25321	25454	27161	26704	26676	26920	27014	26759	26688	27127	
Einlagen insgesamt	"	"	18724	18198	18766	18595	18534	17958	17738	17258	17387	17626	17454	17114	17617	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	251	467	511	417	273	645	539	406	446	461	517	489	222	
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	3 3/8-4 1/2	3 3/8-6	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/2	3 4/8-6	3 4/4	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/4	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/2	3 4/4	3 4/4
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6
<i>Effektenmarkt</i>																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin	"	BSt	103,07	103,07	103,41	103,45	103,54	100,05	100,27	100,42	100,52	100,69	100,73	100,74	100,80	
4 1/2% RM-Wertpapiere, auf DM <sup>7)</sup>	vH	"	111,17	111,22	111,68	111,86	111,95	110,60	111,30	111,88	112,16	112,84	113,15	113,18	113,43	
5%ige DM-Pfandbriefe <sup>8)</sup>	"	"	111,05	111,04	111,16	111,34	111,41	110,47	111,02	111,34	111,70	112,46	112,74	112,75	112,88	
5%ige DM-Komm.-Obligationen <sup>9)</sup>	"	"	95,78	95,65	95,56	95,50	95,53	97,08	98,18	99,94	99,13	99,79	100,04	100,14	100,66	
6%ige DM-Pfandbriefe <sup>8)</sup>	"	"	103,16	103,23	103,97	103,97	104,09	103,08	103,04	103,04	103,08	102,92	103,16	103,16	103,13	
8%ige DM-Industrieobligationen	"	"	386,9	392,6	398,9	409,4	410,6	463,3	474,2	472,4	463,4	461,2	453,3	464,6	473,7	475,2
Aktienindex, BRD <sup>9)</sup>	31. Dez. 54 = 100	Fr	322,6	323,9	324,2	323,1	315,2	321,8	324,6	331,5	337,9	339,0	340,6	342,2	351,4	348,8
Aktienindex, Großbritannien <sup>10)</sup>	1.7.1935 = 100	"	616,4	622,5	616,0	628,1	630,1	651,7	655,6	671,6	663,6	676,5	672,5	676,6	683,9	693,7
Aktienindex, USA <sup>11)</sup>	\$ je Stück	"														
<b>Wechselkurse</b>																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	103,98	104,00	104,05	104,02	104,08	103,55	103,75	103,90	108,50	108,50	108,50	108,75	108,80	108,93
" " Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,98	23,98	23,99	25,20	25,19	25,19	25,20	25,19	
" " " Paris	NF je 100 DM	"	117,68	117,68	117,67	117,69	117,67	117,48	117,47	117,52	123,43	123,43	123,43	123,43	123,42	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	"	4,08	4,13	4,15	4,20	4,32	4,54	4,56	4,42	4,44	4,44	4,44	4,44	4,47	
<b>Weltrohstoffpreise</b>																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31.12.31 = 100	Fr	375,1	378,2	380,5	381,4	380,7	362,4	363,2	367,6	369,1	371,8	370,0	366,7	367,9	366,1
Reuter's Index	18.9.31 = 100	"	426,3	429,8	429,0	429,5	429,4	412,5	413,2	411,2	413,0	416,6	414,5	414,7	416,6	419,3
DIW-Index <sup>12)</sup>	1938 = 100	Mi	284,0	287,0	287,9	287,1	286,9	281,3	282,2	282,4	282,1	283,0	283,1	283,7	282,8	283,3
dar. Nahrungs- und Genussmittel	"	"	272,5	273,8	273,4	274,7	271,9	255,4	255,3	254,6	254,2	254,3	253,4	258,4	257,4	257,5
Textilrohstoffe	"	"	324,0	330,9	334,3	334,7	334,6	348,0	349,6	352,1	350,6	352,1	352,9	348,9	349,5	349,3
Metalle	"	"	267,4	268,6	269,0	267,7	270,8	253,0	255,2	254,8	256,1	256,7	259,3	259,5	260,2	263,2
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	265,00	263,63	262,63	262,25	238,75	256,38	255,37	254,88	251,50	254,13	251,88	248,25	248,38	250,25
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	36,50	36,75	36,75	36,75	36,75	36,75	36,75	37,50	38,00	37,63	37,63	37,50	37,25	37,25
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	£ je lb	"	77,00	77,00	79,00	79,00	79,00	74,00	74,00	74,00	74,00	74,00	74,00	74,00	74,00	75,00
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	38,25	34,05	34,10	34,10	34,10	32,40	32,55	33,00	33,20	33,25	33,40	33,50	33,50	33,50
Kupfer, Elektrolyt, p. Kasse, London	£ je 1g t</															